

ZENTRALRAT DEUTSCHER SINTI UND ROMA

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Bergheimer Straße 26, 6900 Heidelberg
Telefon (0 62 21) 1 32 80

18. März 1982

zum Gespräch des Bundeskanzlers
mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma am 17.3.1982

zur Bundestagsdebatte zum NS-Holocaust und zur heutigen Situation
der Sinti und Roma in der Bundesrepublik

zum Gespräch von Oppositionsführer Dr. Kohl mit dem Zentralrat
am 19.3.1982

Erstmals nach 37 Jahren hat gestern der Bundeskanzler für die Bundesregierung den Völkermord an Sinti und Roma und die Verfolgung aus rassistischen Gründen während des Dritten Reichs anerkannt und zugesagt, dieser moralischen Wiedergutmachung und den durch die 37-jährigen Versäumnisse mitverursachten Problemen der Sinti und Roma in der Öffentlichkeit, im Parlament und innerhalb der Regierung Gehör zu verschaffen.

In dem sehr harmonisch und offen verlaufenen eineinhalbstündigen Gespräch des Kanzlers mit den Vertretern des 'Zentralrates Deutscher Sinti und Roma' sagte er zu, zu diesem Thema des Völkermords und der fortgesetzten Diskriminierung sich für eine eigene Debatte im Deutschen Bundestag, die von der Bundesregierung schon vorbereitet werde, einzusetzen.

Der Zentralrat versteht die Anerkennung des Völkermords nicht als Schuldzuschreibung an die heute in der Bundesrepublik lebende Bevölkerung, sondern als Voraussetzung, über diese nun doch eingeleitete moralische Wiedergutmachung ein besseres öffentliches Verständnis für die besondere Situation von Sinti und Roma und damit endlich einen Abbau althergebrachter Vorurteile zu erreichen.

Während der Holocaust am jüdischen Volk schon 1949 von Adenauer anerkannt und bedauert wurde und ins öffentliche Bewußtsein rückte, blieb der Völkermord an Sinti und Roma weithin unbekannt und von deutscher Seite in seinem tatsächlichen Ausmaß auch völlig unerforscht. Als Solidarität von Seiten des jüdischen Volkes sind

deshalb die Forschungsarbeiten jüdischer Wissenschaftler zu verstehen. Danach wurden im von den Nationalsozialisten besetzten Europa etwa 500 000 Sinti und Roma ermordet. Juden und Sinti/Roma waren die beiden Völker, deren vollständige Ausrottung von der NS-Diktatur geplant, vorbereitet und auch weitgehend durchgeführt wurde und bei denen ganze Familien vom Säugling bis zum Greis in Konzentrationslager verschleppt und vergast und von Einsatzgruppen oder SS ermordet wurden.

Deshalb verlangte der Zentralrat beim Gespräch mit dem Bundeskanzler eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber Sinti und Roma, so wie sie diese auch dem jüdischen Volk gegenüber übernommen und sie immer zum Ausdruck gebracht hat. Der Bundeskanzler hält dafür die Einbeziehung der drei Fraktionen im Deutschen Bundestag für notwendig und für einen wichtigen Punkt der genannten Bundestagsdebatte. Dieser Verantwortung könnte zum Beispiel im Rahmen des internationalen Kulturaustauschs durch die Förderung der Kultur von Sinti und Roma Rechnung getragen werden.

Der Zentralrat machte dem Bundeskanzler noch einmal deutlich, wie sehr Sinti und Roma im Wege der finanziellen Wiedergutmachung benachteiligt wurden, einerseits wegen der ausgebliebenen Anerkennung des NS-Holocaust, vor allem aber wegen der diskriminierenden Rechtsprechung aufgrund eines Fehlurteils des Bundesgerichtshofs von 1956. Der Bundeskanzler hielt es deshalb auch für angebracht, die vom Zentralrat angesprochene Rentenregelung für schwer benachteiligte und unter damaliger Rechtsprechung unzureichend abgefundenen Opfer unter Sinti und Roma zunächst den drei Bundestagsfraktionen und dann im Parlament vorzulegen.

Rassistisch verfolgte Sinti und Roma, die bisher keinerlei Wiedergutmachungszahlung erhielten und noch leben, sollen durch den neu eingerichteten Härte- und Wiedergutmachungsdispositionsfond, über den ein bereits konstituierter Beirat mitentscheidet, entschädigt werden. Völlig erstaunt und ungehalten war der Kanzler, daß keiner der Sinti- und Roma-Verbände über die Zusammensetzung des Beirats informiert wurde und darin auch nicht vertreten ist. Der Bundeskanzler will deshalb eine entsprechende Änderung des Beirats veranlassen.

Einen nicht unwesentlichen Punkt des Gesprächs zwischen dem Bundeskanzler und dem Zentralrat nahm die Frage der Anerkennung der deutschen Sinti und Roma als ethnische Minderheit mit eigenständi-

ger Kultur, Tradition und Sprache ein. Denn diese Eigenständigkeit wird seit 600 Jahren in Deutschland gelebt und ist damit Bestandteil der deutschen Kultur. Sinti und Roma bedürfen deshalb genauso wie die dänische Minderheit in Südschleswig, die zwar regional konzentriert, aber als Streuminorität lebt, der besonderen Förderung im kulturellen Bereich. Aus dieser Anerkennung ergäbe sich auch eine Gleichbehandlung im Minderheitenrecht und ein besonderer Minderheitenschutz, den Sinti und Roma als immer noch benachteiligte und diskriminierte Volksgruppe nach der langjährigen Behandlung als bloße Außenseiter und Problemfälle nun endlich notwendig brauchen. Der Bundeskanzler stand diesem Anliegen nicht ablehnend gegenüber, hielt es aber wegen der staatsrechtlichen Konsequenzen für erforderlich, es in der Bundestagsdebatte erst zu erörtern.

Wegen der für Sinti und Roma außerordentlichen Bedeutung dieser Debatte im Deutschen Bundestag mißt der Zentralrat dem Gespräch mit Herrn Oppositionsführer Dr. Kohl am Freitag, den 19.3.1982, um 12.00 Uhr sehr großes Gewicht bei. Denn gerade auch von der Zustimmung der Opposition im Deutschen Bundestag wird es abhängen, in welchem Umfang den Anliegen des Zentralrates Rechnung getragen werden kann.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wird der Empfehlung des Bundeskanzlers nachkommen und auch noch gesonderte Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden Wehner (SPD) und Mischnick (FDP) anstreben.

Die schon begonnene Zusammenarbeit des Bundesfamilienministeriums und des Bundesinnenministeriums mit dem Zentralrat, wie in Fragen der sozialen und beruflichen Situation, der Sonderbehandlung bei Polizeibehörden und in der Datenspeicherung, in Einbürgerungsfragen und diskriminierenden Weiterverwendung von NS-Akten, wird auch in der Zukunft des Zentralrats einen wesentlichen Stellenwert einnehmen und ist Voraussetzung für eine weitere positive Entwicklung. Der Zentralrat dankte deshalb beim Gespräch mit dem Kanzler beiden Ministerien für die bisher schon geleistete Zusammenarbeit.

Ausdrückliche Sympathien zeigte der Bundeskanzler für das vom Zentralrat angestrebte Kulturzentrum, und er versicherte, dieses Anliegen mit den Ministerpräsidenten der Länder zu klären. Die Notwendigkeit eines Kulturzentrums wurde von uns in einem detaillierten Orientierungsrahmen dargestellt. Dieser wurde der Bundesregierung mit einem zugehörigen Gutachten der Universität Bonn bereits übergeben.

Als Ausdruck der Kultur deutscher Sinti und Roma überreichte der Zentralrat dem Bundeskanzler symbolisch eine alte Geige, die bereits durch vier Generationen einer alteingesessenen deutschen Sinti-Familie weitergereicht wurde. Sehr erfreut ist der Zentralrat über die Zusage des Bundeskanzlers, bei einer Musik- und Kulturveranstaltung von Sinti und Roma im kommenden Herbst durch seine Teilnahme und Eröffnungsansprache unserer Volksgruppe besondere Aufmerksamkeit zu schenken.